

Verein Nachbarschaftshilfe Alsbach-Hähnlein e.V.

SATZUNG

§1 Name, Sitz, und Geschäftsjahr

1. Der Verein „Nachbarschaftshilfe Alsbach-Hähnlein e. V.“ verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige und mildtätige Zwecke im Sinne des Abschnitts „Steuerbegünstigte Zwecke“ der Abgabenordnung. Der Verein soll in das Vereinsregister eingetragen werden.
2. Geschäftsjahr des Vereins ist das Kalenderjahr.
3. Sitz des Vereins ist Alsbach-Hähnlein.

§2 Vereinszweck, Rahmenbedingungen

1. Zweck des Vereins ist
 - a) die Förderung der Jugend- und Altenhilfe
 - b) die Unterstützung von Personen in Verrichtungen des täglichen Lebens, die zu dem Personenkreis des §53 AO gehören
 - c) die selbstlose Unterstützung von Personen, die einer kurzfristigen Hilfe bedürfen.
2. Der Satzungszweck wird verwirklicht insbesondere durch:
 - a) Besuchsdienste bei älteren, einsamen und hilfsbedürftigen Personen
 - b) Entlastung pflegender Familienangehöriger, soweit die Pfleger/innen selbst zu dem Personenkreis des § 53 AO gehören
 - c) Begleitung von alten und hilfsbedürftigen Personen, z. B. bei Behördengängen, Arztbesuchen
 - d) Hilfe im Haushalt im Krankheitsfall, z. B. nach Entlassung aus dem Krankenhaus
 - e) Kleinere Näh-, Garten- oder Reparaturarbeiten bei Personen, die die Voraussetzungen des § 53 AO erfüllen.
 - f) Tierbetreuung bei Personen, die die Voraussetzungen des §53 AO erfüllen
 - g) Sächliche Hilfe für sozial schwache Bürger
 - h) Fortbildung der aktiven Mitglieder durch Vorträge und Seminare mit dem Ziel, die Qualität der angebotenen Hilfeleistungen sicher zu stellen
3. Die Zuständigkeit des Vereins erstreckt sich vorwiegend auf das Gebiet der Gemeinde Alsbach-Hähnlein mit seinen Ortsteilen Alsbach, Hähnlein und Sandwiese.
4. Einzelheiten regelt die Allgemeine Geschäftsordnung, Regeln zur Leistungserbringung, Richtlinien für Aufwandsentschädigungen. Änderungen und Ergänzungen werden vom Vorstand als Antrag zum Beschluss der Mitgliederversammlung vorgelegt.
5. Der Verein ist selbstlos tätig; er verfolgt nicht in erster Linie eigenwirtschaftliche Zwecke.

6. Der Verein erfüllt seine satzungsgemäßen Zwecke durch die Mitglieder, die als Hilfspersonen des Vereins i. S. d. § 57 Abs. 1 AO tätig werden. Sie unterliegen im Rahmen der Ausübung ihrer Tätigkeit den Weisungen des Vereins. Einzelheiten regelt die Allgemeine Geschäftsordnung.
7. Die Mitglieder erhalten für ihre Einsätze keine finanzielle Vergütung außer Aufwandsentschädigungen für Fahrten und andere finanzielle Auslagen, die grundsätzlich vorher mit den Leistungsempfängern festgelegt und von diesen gezahlt werden. Vorgaben hierzu werden in der Allgemeinen Geschäftsordnung festgelegt.

§3 Mittelverwendung

1. Die Mittel des Vereins dürfen nur für die satzungsgemäßen Zwecke verwendet werden. Die Mitglieder erhalten keine Zuwendungen aus Mitteln des Vereins.
2. Es darf keine Person durch Ausgaben, die dem Zweck des Vereins fremd sind, oder durch unverhältnismäßig hohe Vergütung begünstigt werden.
3. Bei Auflösung oder Aufhebung des Vereins oder Wegfall eines bisherigen Zwecks fällt das Vermögen des Vereins an die Gemeinde Alsbach-Hähnlein, die es unmittelbar und ausschließlich für gemeinnützige Zwecke zu verwenden hat.

§4 Erwerb der Mitgliedschaft

1. Mitglied des Vereins kann jede natürliche Person werden sowie juristische Personen des öffentlichen oder privaten Rechts und rechtsfähige Personenvereinigungen, die bereit sind, die gemeinnützigen Ziele des Vereins zu unterstützen.
2. Voraussetzung für den Erwerb der Mitgliedschaft ist ein schriftlicher Aufnahmeantrag. Die Aufnahme Minderjähriger bedarf der Zustimmung der gesetzlichen Vertreter, die mit dem minderjährigen Mitglied für die Entrichtung des Mitgliedsbeitrages dem Verein gegenüber haften und sich in dem Beitrittsformular entsprechend zu verpflichten haben.
3. Der Aufnahmeantrag ist schriftlich an den Vorstand zu stellen. Der Vorstand entscheidet über den Aufnahmeantrag. Ein Aufnahmeanspruch besteht nicht.
4. Durch Beschluss der Mitgliederversammlung können Ehrenmitglieder ernannt werden. Es kommen dafür Personen infrage, die sich besondere Verdienste durch die Arbeit für den Verein erworben haben. Ehrenmitglieder sind stimmberechtigt; sie sind von der Beitragspflicht befreit.

§5 Beendigung der Mitgliedschaft

1. Die Mitgliedschaft endet mit dem Tod, durch Austritt, durch Ausschluss aus dem Verein, durch Streichung aus dem Mitgliederverzeichnis oder wenn ein Mitglied sechs Monate mit der Entrichtung der Beiträge in Verzug ist.
2. Der Austritt erfolgt durch schriftliche Erklärung gegenüber dem Vorstand. Der Austritt kann nur zum Ende eines Geschäftsjahres erklärt werden, wobei eine Kündigungsfrist von zwei Wochen einzuhalten ist.
3. Ein Mitglied kann aus dem Verein ausgeschlossen werden, wenn es in schwerwiegender Weise gegen die Interessen des Vereins verstoßen hat und/oder sich vereinschädigend verhalten hat.
Dies ist insbesondere der Fall, wenn das Mitglied mit der Entrichtung von Beiträgen oder Umlagen länger als 6 Monate in Verzug ist oder wenn es den Verein in der Öffentlichkeit in massiver Form beleidigt hat.
4. Über den Ausschluss entscheidet der Vorstand mit einfacher Mehrheit endgültig. Ein Rechtsmittel gegen den Ausschließungsbeschluss findet nicht statt. Antragsberechtigt ist jedes Mitglied. Dem betroffenen Mitglied ist nach Eingang des Ausschließungsantrages beim Vorstand von diesem für einen Zeitraum von vier Wochen rechtliches Gehör zu gewähren. Während des Ausschließungsverfahrens ruhen sämtliche Rechte des auszuschließenden Mitglieds. Bei Beendigung der Mitgliedschaft besteht kein Anspruch auf einen Teil am Vereinsvermögen.

§6 Rechte und Pflichten der Mitglieder

1. Die Mitglieder sind berechtigt, an der Mitgliederversammlung teilzunehmen. Sie sollten die Vereinsarbeit durch das Erbringen von Leistungen im Sinne des §2 der Satzung sowie durch Anregungen und Vorschläge fördern.
2. Mitglieder haben Sitz- und Stimmrecht in der Mitgliederversammlung, Informations- und Auskunftsrechte, das Recht auf Teilhabe und Nutzung der Angebote des Vereins, das aktive und passive Wahlrecht bei Erfüllung der satzungsgemäßen Voraussetzungen, Treuepflicht gegenüber dem Verein und ihre Hilfstätigkeit zu wahren, pünktlich und fristgemäß die festgesetzten Beiträge zu erbringen.
3. Das aktive und passive Wahlrecht steht Mitgliedern ab dem vollendeten 18. Lebensjahr zu. Alle Mitglieder haben ihre Rechte persönlich auszuüben.

§7 Mitgliedsbeiträge

1. Der Jahresbeitrag pro Mitglied wird von der Mitgliederversammlung festgesetzt. Veränderungen in der Höhe müssen angemessen sein.
2. Der Vorstand ist berechtigt, für zu definierende Mitgliedergruppen gesonderte Mitgliedsbeiträge zu beschließen.

3. Mitgliedsbeiträge werden grundsätzlich im SEPA-Basis-Lastschriftverfahren eingezogen. Das Mitglied hat sich hierzu bei Eintritt in den Verein zu verpflichten, ein widerrufliches SEPA-Lastschriftverfahren zu erteilen sowie für eine ausreichende Deckung des bezogenen Kontos zu sorgen.
4. Weist das Konto eines Mitglieds zum Zeitpunkt des Einzugs des Beitrages keine Deckung auf, so haftet das Mitglied dem Verein gegenüber für sämtliche dem Verein mit der Beitragseinziehung sowie evtl. Rücklastschriften entstehende Kosten. Dies gilt auch für den Fall, dass ein bezogenes Konto erloschen ist und das Mitglied dies dem Verein nicht mitgeteilt hat.

§8 Organe des Vereins

1. Organe des Vereins sind:
 - a) die Mitgliederversammlung
 - b) der Vorstand
 - c) Ausschüsse

§9 Mitgliederversammlung

1. In der Mitgliederversammlung hat jedes volljährige Mitglied eine Stimme.
2. Die Mitgliederversammlung ist zuständig für alle Aufgaben soweit diese nicht dem Vorstand obliegen. Sie ist für folgende Angelegenheiten zuständig:
 - a) Entgegennahme des Rechenschaftsberichtes des Vorstandes und des Berichtes der Kassenprüfer
 - b) Entlastung des amtierenden Vorstandes
 - c) Wahl von Vorstandsmitgliedern
 - d) Bestellung von Kassenprüfern
 - e) Entscheidung über Änderungen der Satzung
 - f) Entscheidung über die eingereichten Anträge
 - g) Ernennung von Ehrenmitgliedern
 - h) Festsetzen der Mitgliederbeiträge
 - i) Auflösung des Vereins
3. Über den Inhalt der Mitgliederversammlung ist ein Versammlungsprotokoll zu verfassen. Dieses ist vom Versammlungsleiter und dem Protokollführer zu unterschreiben. Es muss enthalten:
 - a) Ort und Zeit der Versammlung
 - b) Namen des Versammlungsleiters und des Protokollführers
 - c) Anzahl der erschienen Mitglieder
 - d) Feststellung der ordnungsgemäßen Einberufung und der Beschlussfähigkeit
 - e) die Tagesordnung
 - f) die gestellten Anträge, das Abstimmungsergebnis
 - g) die Art der Abstimmung
 - h) Satzungs- und Zwecksänderungsanträge in vollem Wortlaut
 - i) Beschlüsse in vollem Wortlaut

§10 Einberufung der Mitgliederversammlung

1. Mindestens einmal im Jahr muss eine ordentliche Mitgliederversammlung stattfinden. Sie wird vom Vorstand unter Einhaltung einer Frist von zwei Wochen Schriftlich oder per E-Mail unter Angabe der Tagesordnung einberufen. Die Frist beginnt mit dem auf die Absendung des Einladungsschreibens folgenden Tag. Das Einladungsschreiben gilt dem Mitglied als zugegangen, wenn es an die letzte vom Mitglied dem Verein schriftlich bekannt gegebene Adresse gerichtet ist. Die Tagesordnung stellt der Vorstand auf. Sie wird durch die Mitgliederversammlung beschlossen. Die Einberufung der Mitgliederversammlung kann zusätzlich durch Veröffentlichung in der örtlichen Presse (z.B. Darmstädter Echo, SüWo, Bergsträßer) erfolgen; hierbei ist ebenfalls eine Frist von zwei Wochen einzuhalten.
2. Jedes Mitglied kann bis spätestens eine Woche vor der Mitgliederversammlung beim Vorstand schriftlich eine Ergänzung der Tagesordnung beantragen. Fristgemäß gestellte Anträge sind nachträglich auf die Tagesordnung zu nehmen. Die Anträge müssen den Mitgliedern nicht vor der Mitgliederversammlung bekanntgegeben werden. Nach Ablauf der Frist gestellte Anträge können nur durch Entscheidung der Mitgliederversammlung mit einer Mehrheit von 2/3 der anwesenden Stimmberechtigten zugelassen werden.
3. Eine außerordentliche Mitgliederversammlung ist vom Vorstand einzuberufen, wenn das Interesse des Vereins es erfordert oder wenn mindestens 25 Prozent der Mitglieder dies schriftlich unter Angabe des Zwecks und der Gründe beantragen.
4. Gäste müssen dem Vorstand vor Beginn der Sitzung gemeldet werden. Deren Teilnahme an der Mitgliederversammlung und Rederechte bedürfen vorab der Zustimmung des Vorstandes.

§11 Beschlussfassung der Mitgliederversammlung

1. Die Mitgliederversammlung wird von einem vom Vorstand bestimmten Vorstandsmitglied geleitet.
2. Bei Wahlen muss die Versammlungsleitung für die Dauer des Wahlgangs und der vorgesehenen Diskussion einem Wahlausschuss übertragen werden.
3. Der Vorstand wird in geheimer Wahl ermittelt:
 - wenn mehr als einer zur Wahl ansteht
 - oder wenn ein Mitglied es fordertansonsten per Handzeichen (Akklamation).
4. Die Mitgliederversammlung ist beschlussfähig ohne Rücksicht auf die Zahl der Anwesenden. Die Mitgliederversammlung fasst Beschlüsse im Allgemeinen mit einfacher Mehrheit der abgegebenen gültigen Stimmen, zur Änderung der Satzung

und der Mitgliedsbeiträge ist jedoch eine Mehrheit von dreiviertel der abgegebenen gültigen Stimmen erforderlich. Grundlage der Satzungsänderung ist, dass bereits in der Einladung zur Mitgliederversammlung auf diesen Tagesordnungspunkt hingewiesen wurde und sowohl der bisherige als auch der vorgesehene neue Satzungstext der Einladung beigelegt wurde.

5. Die Auflösung des Vereins kann nur von einer zu diesem Zweck einberufenen außerordentlichen Mitgliederversammlung mit Dreiviertel-Mehrheit der anwesenden stimmberechtigten Mitglieder beschlossen werden.

§12 Vorstand

1. Dem Vorstand gehören an
 - a) 3 gleichberechtigte Vorsitzende
 - b) der/die Kassierer/in
 - c) der/die Schriftführer/in

Davon sollte eine Person Mitglied des Seniorenbeirats Alsbach-Hähnlein sein.

2. Der Vorstand führt die laufenden Geschäfte des Vereins und erledigt alle Verwaltungsaufgaben sowie alle die Aufgaben, die nicht durch Satzung oder Gesetz einem anderen Vereinsorgan zugewiesen sind.

Er hat insbesondere folgende Aufgaben:

- a) die Vorbereitung und Einberufung sowie die Leitung der Mitgliederversammlung
- b) die Ausführung der Beschlüsse der Mitgliederversammlung
- c) die Entscheidung über die Bildung von Ausschüssen

3. Vorstand im Sinne des § 26 BGB sind:

- a) die 3 Vorsitzenden
- b) der/die Kassierer/in
- c) der/die Schriftführer/in

Jeweils zwei von ihnen vertreten den Verein gemeinsam.

4. Der Vorstand wird von der Mitgliederversammlung auf zwei Jahre mit einfacher Stimmenmehrheit gewählt. Eine Wiederwahl ist möglich. Die Mitglieder des Vorstandes bleiben so lange im Amt, bis ein neuer Vorstand von der Mitgliederversammlung gewählt wird.
5. Scheidet ein Mitglied des Vorstandes in der laufenden Wahlperiode aus dem Amt, so kann der Vorstand aus dem Kreise der Vereinsmitglieder ein neues Mitglied ernennen. Das neu ernannte Vorstandsmitglied muss sich bei der nächsten Mitgliederversammlung zur Wahl stellen. Das neu ernannte Vorstandsmitglied hat die gleichen Rechte und Pflichten wie alle anderen Vorstandsmitglieder.
6. Die Beschlussfassung des Vorstandes erfolgt in Vorstandssitzungen, zu denen der Vorsitzende mindestens einmal pro Quartal schriftlich oder per E-Mail einlädt. Die

Einladungsfrist beträgt mindestens 7 Tage.

7. Über die Vorstandssitzung ist ein Protokoll anzufertigen, das von einem der Vorstände und dem/der Schriftführer/in zu unterschreiben sowie an alle Vorstandsmitglieder auszuhändigen ist.

8. Das Protokoll muss enthalten:
 - a) Ort und Zeit der Versammlung
 - b) Namen des/der Schriftführers/in
 - c) Namen der erschienen Mitglieder
 - d) Feststellung der ordnungsgemäßen Einberufung und der Beschlussfähigkeit
 - e) die Tagesordnung
 - f) die gestellten Anträge und deren Abstimmungsergebnis
 - g) die Art der Abstimmung
 - h) Satzungs- und Zwecksänderungsanträge in vollem Wortlaut
 - i) Beschlüsse in vollem Wortlaut
9. Der Vorstand ist beschlussfähig, wenn wenigstens die Hälfte der Vorstandsmitglieder anwesend ist. Über Beschlüsse stimmen die anwesenden Vorstandsmitglieder ab. Der Vorstand beschließt mit Mehrheit der Anwesenden. Stimmgleichheit gilt als Ablehnung. Im Ausnahmefall kann die Beschlussfassung auch im Umlaufverfahren erfolgen.
10. Haftungsbeschränkung:
 - a) die Haftung von Vorstandsmitgliedern regelt §31 a BGB.
 - b) die Haftung für leichte Fahrlässigkeit wird ausgeschlossen
11. Der Vorstand gibt sich eine Geschäftsordnung.

§13 Kassenprüfung

1. Die Kassenprüfer werden bestellt, um die Buchführung und den Jahresabschluss des Vereins zu prüfen und über das Ergebnis vor der Mitgliederversammlung zu berichten. Die Kassenprüfer dürfen weder dem Vorstand noch einem vom Vorstand berufenen Gremium angehören. Sie dürfen auch nicht Angestellte des Vereins sein.
2. Die Mitgliederversammlung wählt aus dem Kreis der stimmberechtigten Mitglieder Mindestens zwei Kassenprüfer.
Die Kassenprüfer werden in der Mitgliederversammlung für 1 Jahr gewählt.
Wiederwahl ist möglich.
3. Aufgabe der Kassenprüfer ist die Prüfung der Finanzbuchhaltung und Finanzverwaltung sowie der Kassen des Vereins und evtl. bestehender Untergliederungen.
4. Die Kassenprüfer sind zur umfassenden Prüfung der Kassen und des Belegwesens in sachlicher und rechnerischer Hinsicht berechtigt und verpflichtet. Die Festlegung der jährlichen Prüfungen liegt in pflichtgemäßem Ermessen der Kassenprüfer.
5. Den Kassenprüfern ist vom Vorstand umfassend Einsicht in die zur Prüfung

begehrten Vereinsunterlagen zu gewähren. Auskünfte sind ihnen zu erteilen. Die Vorlage von Unterlagen sowie Auskünfte können nicht verweigert werden.

6. Die Kassenprüfer erstatten der Mitgliederversammlung mündlich und/oder schriftlich Bericht über das Ergebnis der Prüfhandlung und geben dieser in ihrem Bericht eine Empfehlung hinsichtlich der Entlastung des Vorstands. Der Prüfbericht der Kassenprüfer ist dem Vorstand spätestens eine Woche vor dem Termin der Mitgliederversammlung vorzulegen. Der Prüfbericht muss einheitlich sein, er darf keine abweichenden Meinungen von Kassenprüfern enthalten.
7. Die Kassenprüfer sind dem Vorstand gegenüber und für die Dauer der Mitgliederversammlung dazu berechtigt, den Inhalt der Kassenprüfung darzulegen. Ansonsten sind sie zum Stillschweigen gegenüber Dritten verpflichtet.

§14 Datenschutz, Persönlichkeitsrechte

1. Der Verein erfasst zur Erfüllung der in dieser Satzung definierten Aufgaben und des Zwecks des Vereins personenbezogene Daten und Daten über persönliche und sachbezogene Verhältnisse seine Mitglieder. Diese Daten werden darüber hinaus gespeichert, übermittelt und verändert.
2. Durch ihre Mitgliedschaft und die damit verbundene Anerkennung dieser Satzung stimmen die Mitglieder der
 - a) Speicherung
 - b) Bearbeitung
 - c) Verarbeitung
 - d) Übermittlungihrer personenbezogenen Daten im Rahmen der Erfüllung der Aufgaben und Zwecke des Vereins zu. Eine anderweitige Datenverwendung (bspw. Datenverkauf) ist nicht statthaft.
3. Jedes Mitglied hat das Recht auf
 - a) Auskunft über seine gespeicherten Daten
 - b) Berichtigung seiner gespeicherten Daten im Falle der Unrichtigkeit
 - c) Sperrung seiner Daten
 - d) Löschung seiner Daten
4. Die Mitglieder können einer Veröffentlichung ihrer Bildern und Namen in Print- und elektronischen Medien widersprechen.

§15 Schlußbestimmung

Diese Satzung wurde in der Gründungsversammlung am **7.10.2014** beschlossen, sie tritt mit der Eintragung des Vereins in das Vereinsregister in Kraft.

64665 Alsbach-Hähnlein, den

.....
Vorsitzende/r

.....
Vorsitzende/r

.....
Vorsitzende/r

.....
Kassenwart/in

.....
Schriftführer/in

.....

.....
Weitere Gründungsmitglieder

.....

.....

.....

.....

.....

.....

.....

.....

.....